

# Haltet den Dieb!

## Für die Krise verantwortliche Privatbanken verweisen auf Sparkassen

Lucas Zeise

52

I K B

Der Glaube an die wohltuende Wirkung freier Märkte ist Teil unseres Kulturguts. Die nun zehn Monate dauernde globale Finanzkrise ist da eine Herausforderung für Ideologen. Gewürdigt werden soll ein wirklich schickes Argument der Marktrechtfertigung. Es wird vor allem für deutsche Gemüter immer wieder neu ersonnen und gegen jedwede antimarktwirtschaftliche Gesinnung in Stellung gebracht. Es lautet: Der Staat ist schuld. Die Politiker sind unfähig. Beide greifen in die Marktprozesse ein, die ansonsten zum stabilisierenden Gleichgewicht tendieren.

In Deutschland wird derlei Schnickschnack aus zwei Gründen gern erzählt. Einmal hat der neoliberale Kinderglaube vom segensreichen Wirken des freien Marktes unter Ökonomen eine Massenbasis. (Anmerkung: Anders denkende Fachvertreter werden an Universitäten, Banken und Forschungsinstituten seit Jahrzehnten nicht mehr zugelassen). Zum anderen gibt es hierzulande einen bedeutenden staatlichen Bankensektor. Es sind die Sparkassen, die flächendeckend im Land vertreten sind und die fast alle den Kommunen gehören. Sie sind beim Publikum einigermaßen beliebt und deutlich Marktführer, weit vor der größten börsennotierten privaten Bank, der Deutschen Bank. Außerdem gibt es die Landesbanken, die ursprünglich als „Girozentralen“ den

Zahlungsverkehr der Sparkassen organisierten und Bankdienstleistungen beispielsweise im Ausland übernahmen, für die einzelne Sparkassen keine Kapazitäten hatten. Eigentümer der Landesbanken sind zum Teil die Länder, meist in Verbindung mit den Sparkassenverbänden.

**DIE WELTWEITE FINANZMARKTKRISE IST VON PRIVATEN GEMACHT.** Die deutschen Landesbanken sind laut Medien die Hauptakteure der Finanzkrise. Sie haben verantwortungslos Staatsvermögen verzoockt. Bei dieser Darstellung spielt es keine Rolle, dass die privaten Banken im eigenen Land, aber auch die der soliden Schweiz oder die aus dem Finanzzentrum London oder jene aus dem Gelobten Land des freien Unternehmertums, den USA, vielfach größere Beträge verjubelten. Da ist es ganz egal, dass das Epizentrum der Spekulationskrise in den USA liegt. Es kümmert nicht, dass die Vorstände der größten und bis vor kurzem renommiertesten privaten Institute jüngst nach Milliarden-Abschreibungen gehen mussten – meist mit satten Abfindungen. Es kümmert nicht, dass schon ein oberflächlicher Blick erkennen lässt: Die Höhe der Bankenverluste hat nichts mit ihrer Eigentümerstruktur zu tun. Allenfalls damit, in welchem Land die Bank residiert und welcher Bankenaufsicht sie unterliegt. Um zu zeigen, dass der Staat generell nicht

wirtschaften kann, wird die börsennotierte IKB in den Medien mal eben so dem Staatssektor zugeschlagen. Die IKB war in Deutschland als erste in eine existentielle Notlage geraten. Wie viele andere Banken auch hatte die IKB außerhalb der Bilanz Fonds gegründet, die in zunächst hochverzinsliche, auf US-Ramschhypotheken basierende Wertpapiere investierten. Als die Probleme bekannt wurden, schnürte die größte IKB-Aktionärin, die bundeseigene Bank KfW, ein Rettungspaket, dem später weitere folgten. Die KfW war 2001 vom damaligen Finanzminister Hans Eichel angewiesen worden, den Versicherungskonzernen Allianz und Münchener Rück deren Anteile an der IKB abzukaufen. Damit wurde die KfW größter Einzelaktionär bei der bis heute mehrheitlich privaten IKB.

Die privaten Banken hatten damit ein gutes Argument, um die Auffangkosten für die IKB in Höhe von vielen Milliarden Euro der KfW und damit dem Bund zu überlassen. Im Falle einer Pleite hätte der Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes den Löwenanteil zahlen müssen. In einem weiteren Schritt hat die KfW sämtliche Risiken aus den mit Ramsch gefüllten IKB-Fonds übernommen. Jede schlechtere Bewertung der dort enthaltenen Risiken schlägt sich nun bei der KfW nieder. Das wiederum ermöglicht neoliberalen Politi-

kern und den Medien neue PR-Spielchen. Die Staatsbank KfW wird selbst zur Problembank. Als die KfW Anfang April ihre Jahresbilanz vorlegte und die durch die IKB entstandenen Abwertungsverluste auf 1,8 Milliarden Euro bezifferte, identifizierte der FDP-Mann im KfW-Aufsichtsrat, Jürgen Koppelin, sofort weitere zu stopfende Löcher. Die KfW-Chefin Matthäus-Maier trat zurück, obwohl sie am wenigsten für die Lage kann. Finanzminister Steinbrück ruft nun nach einem „Banker-Profi“ an der KfW-Spitze, obwohl er genau weiß, dass just Banker-Profis die Verantwortung für die Bankenkrise tragen.

### KRITIK AN DER BANK ALLER BANKEN IST

**TABU.** Während öffentliche Banken aller Art aufs Schärfste getadelt werden, bleibt eine staatliche Bank von jeder Kritik verschont. Es ist die Bank der Banken, die von politischen Einflüssen völlig befreite Deutsche Bundesbank. Sie teilt sich mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin, die wiederum dem Bundesfinanzminister untersteht, die Aufsicht über die deutschen Banken. In trauter Zweisamkeit haben diese beiden Institutionen die wichtigste und einfachste Bankenaufsichtsregel nicht angewendet. Wie sieht diese Regel aus? Sie lautet: Die Bank muss alle Geschäfte, die sie tätigt, mit einem Quantum Eigenkapital unterlegen. Diese Regel ist das A und O der Banken im Kapitalismus und sie ist der wichtigste Inhalt der internationalen Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung bei Banken, unter dem Namen Baseler Abkommen bekannt. Sie soll die Kunden der Bank davor schützen, dass ihre Einlagen für Spekulationsgeschäfte verwendet werden. Sie soll zweitens die Allgemeinheit davor schützen, dass die Banken ein zu großes Rad drehen. Ohne die Pflicht, jeden Kredit nicht nur mit fremdem Geld, sondern auch mit Eigenkapital zu unterlegen, könnten Banken unbegrenzt Kredit- und Geldschöpfung betreiben – bis zum Kladderadatsch.

Kommt einem das nicht bekannt vor? Hat nicht beispielsweise die gute IKB solch schöne Fonds außerhalb der Bilanz etabliert, spekulative Geschäfte getätigt, ohne

Eigenkapital vorzuschießen? Kein Wort der Reue bei Bafin oder Bundesbank. Statt dessen der trockene Hinweis, im internationalen Baseler Abkommen seien solche Dinge erlaubt, wenn die Finanzierung kurzfristig erfolge. Das stimmt. Es spricht jedoch nicht für die Qualität des Abkommens, das von den Bankaufsehern entworfen wurde. Im übrigen hätte die Bundesbank Alarm schlagen müssen, als sie bemerkte, wie viele Banken sich solche außerbilanziellen Vehikel zulegten. Wenn ihr das zu indiskret erschienen wäre, so hätte sie, wie es beispielsweise die spanische Zentralbank tat, ihren heimischen Banken dringend von außerbilanziellen Geschäften abraten können. Die spanischen Banken haben den Wink ihrer Zentralbank weitgehend befolgt und daher heute ein Problem weniger.

Es ist also fair zu sagen: In Deutschland hat die Bankenaufsicht (konkret: Finanzministerium und Bundesbank) versagt. Beide Institutionen haben schlechter agiert als die in anderen europäischen Ländern. Zu ihrer Entlastung ist lediglich anzumerken, dass sie nicht ganz so schlecht wie die der USA waren, die das Geschäft mit den Ramschhypotheken aktiv befördert hatten. Nach Monaten des öffentlichen Jammerns über die Misere öffentlicher Banken fordern ansonsten kluge Leute, speziell diesen Banken spekulative Geschäfte zu verbieten. Dem eigentlichen Problem werden solche Forderungen nicht gerecht. Denn zum einen ist jede Kreditvergabe spekulativ. Wer weiß schon, ob der Schuldner am Schluss auch zahlt? Zum anderen konzentrieren sich solche Forderungen zu Unrecht auf den öffentlichen Bankensektor. Das spekulative Riesenrad wurde von *allen* Banken gedreht. Von den Privaten vor allem. Die Öffentlichen haben „nur“

mitgemacht. Die Forderung lenkt auch davon ab, dass der Finanzsektor insgesamt an die Kandare genommen werden muss. Die damit bisher befassten Institutionen haben versagt. Der blinde Glaube an die segensreiche Wirkung von Deregulierung und freiem Walten des Marktes hat dieses Versagen gefördert.

Schließlich kommen Forderungen nach Einschränkung der Handlungsfreiheit für öffentliche Banken den Wünschen des privaten Bankgewerbes entgegen. Landesbanken und Sparkassen wären dann endlich Institute minderer Reichweite. Die Privatbanken wären auf einem weiteren Feld die Konkurrenz los. Das Gezeter über die Fehler der staatlichen Banken hätte seinen Zweck erfüllt. Und es könnte, nun ganz auf eigene Rechnung, am nächsten großen Rad gedreht werden.

Lucas Zeise war 1999/2000 an der Gründung der Financial Times Deutschland beteiligt und schreibt dort noch regelmäßig eine Kolumne.

Deutsch Bank proudly presents:

# Rekordgewinn\*

\*im 1. Quartal 2008



"Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?"

Bert Brecht, Die Dreigroschenoper, Bild 9, 1928

Unzeige